

Kleinmachnow, 11.06.2008

Dr. John Banhart · Uhlenhorst 27 · 14532 Kleinmachnow

Dr. Felix Enneking  
Kreistag Potsdam-Mittelmark  
Der Vorsitzende

## **Zusammenarbeit Gemeindeverwaltung / Kreisverwaltung**

Sehr geehrter Herr Dr. Enneking,

ich schreibe Ihnen, weil ich bei meiner Arbeit als Gemeindevertreter in Kleinmachnow zunehmend den Eindruck gewinne, dass die Verkehrsbehörde des Landkreises die Gestaltung verkehrlicher Angelegenheiten in der Gemeinde behindert und beschlossene Veränderungen über Jahre verschleppt. Mir scheint das kein Problem zu sein, das sich mit Hinweis auf Paragraphen lösen lässt sondern ein Problem des politischen Willens und vielleicht auch von menschlichen Unzulänglichkeiten zwischen Sachbearbeitern auf verschiedenen Verwaltungsebenen. Sie hatten mir vor einiger Zeit angeboten, einen Vermittlungsversuch zu versuchen, weshalb ich einige Fakten zusammengetragen habe.

In Kleinmachnow hat die Gemeindevertretung im Jahre 2004 mit 24:5 Stimmen ein umfangreiches Massnahmepaket beschlossen, das diesen dicht besiedelten und vom Verkehr geplagten Ort lebenswerter machen soll (Anlage 1). Leider ist die Umsetzung der wichtigsten Maßnahmen bisher am Landkreis gescheitert, andere wurden erst nach langer Diskussion genehmigt. Probleme gibt es bei (siehe den Ist-Stand der Umsetzung in der Tabelle, Anlage 2):

1. Tempo 30 Zonen in 14 Strassen, die vom Landkreis abgelehnt werden. Hier klagt die Gemeinde sogar gegen den Landkreis!
2. Abschnittsweise Tempo 30: Ablehnung durch Landkreis
3. Querungshilfen: in 3 Fällen abgelehnt, in 2 Fällen erst nach Widerspruch genehmigt

Ich frage mich, warum die Verkehrsbehörde des Landkreises die Absichten der Gemeinde derartig erschwert und die Gemeinde mehr als 3 Jahre lang um jede einzelne Maßnahme kämpfen müssen. Es dreht sich ja bei diesen Plänen nicht um ‚exotische‘ Vorhaben, sondern um Dinge, die wenige Meter weiter in Berlin und in vielen andern Städten außerhalb des Landkreises Potsdam-Mittelmark völlig normal sind. Wo liegt der Kern dieser Verweigerungshaltung? Erschwerend kommt sicher dazu, dass die Gemeindeverwaltung in Kleinmachnow kein ausgeprägtes Engagement zeigt, da sie von diesen Plänen nicht überzeugt ist.

Bitte werfen Sie einen Blick auf das Protokoll der Besprechung zwischen UVB und Gemeinde vom 27.10.06., Anlage 3, in dem diese Verweigerungshaltung klar zutage tritt. Statt nach Lösungen zu suchen (die es andernorts gibt) werden Gründe gesucht (und gefunden) alles so zu lassen wie es ist. Besonders empörend finde ich den Absatz auf Seite 3, wo ein Kuhhandel angeboten wird: die Gemeinde soll ihre Klage

zurückziehen, dann wird der Landkreis sehen, was sich machen lässt. Mit einem objektiven Verwaltungshandeln hat dies m.E. nicht zu tun!

Unabhängig von diesem Maßnahmenpaket gibt es noch weitere Fälle, in denen die Kreisverkehrsbehörde gegen die ortsansässigen Ordnungsbehörden handelt und Änderungen verhindert. Aus der Presse bekannt gewordene Fälle zeigen, dass es kein reines Kleinmachnower Problem ist. Ich nenne 3 Beispiele:

- Kleinmachnow, Kammerspiele: nach der Sanierung der Strasse hat der Landkreis das Tempo 30 in der unübersichtlichen Kurve aufgehoben. Völlig unverständlich, denn die Kammerspiele werden von vielen Kindern benützt, die hier queren müssen.
- Ferch: hier hat der Landkreis gegen den Willen der Gemeinde Tempo 40 durch Tempo 70 ersetzt. Folge: ein tödlicher Unfall im März 2007 (siehe Anlage 4). Fachdienstleiterin Vierke-Eichler steht trotzdem zu ihrer Anordnung, wenn ich der Zeitung glauben darf.
- Nuthetal, Alice-Bloch-Str.: hier hat die Verkehrsbehörde ebenfalls eine Tempo-30 Anordnung abgelehnt, die von der Gemeinde beantragt worden war (siehe Anlage 5). Auch hier schiebt die Behörde die üblichen Begründungen vor statt nach einem Konsens mit der Gemeinde zu suchen.

Die Verkehrsbehörde des Landkreises verfolgt erkennbar einen restriktiven Kurs, was die Erteilung von Maßnahmen anbelangt, die vor Ort der Sicherheit der Bürger und dem Lärmschutz dienen. Sie entscheidet zugunsten von vermeintlichen Interessen des Verkehrs (die nicht bekannt sind) und gegen die Bedürfnisse der Bürger vor Ort (die bekannt sind).

Stets werden Begründungen der Art gegeben:

- es gäbe zu wenig Querungen von Fussgängern, Durchfahrt von KFZ o.ä.
- es verkehrten Busse,
- es läge kein Unfallschwerpunkt vor,
- die Zahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen sei zu klein.

Sachlich mag dies i.d.R. auch zutreffen, jedoch bin ich davon überzeugt, dass letztendlich der politische Wille fehlt und den Belangen des Verkehrsflusses ganz offensichtlich größere Bedeutung zugemessen werden. Wenn ich den Blick von Kleinmachnow nach Zehlendorf werfe finde ich dort:

- Tempo 30 von der Gemeindegrenze bis zur Autobahn (Benschallee, Lloyd-G.Wells-Str, Lissabonallee, Spanische Allee) und eine ausreichende Zahl von Zebrastreifen, obwohl Busse verkehren und kein Unfallschwerpunkt vorliegt
- Tempo-30 in der Ortsdurchfahrt Wannsee (Causseestr.): gleiche Situation: Busse, überörtlicher Verkehr, keine Unfälle, trotzdem Schutz der Bevölkerung

Es wäre schön, wenn Sie in dieser Angelegenheit vermitteln könnten.

Mit freundlichen Grüßen

John Banhart  
Gemeindevertreter Kleinmachnow